

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europausschuss

34. Sitzung

am Mittwoch, dem 4. September 2002, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 31 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anwesende Abgeordnete

Rolf Fischer (SPD)

Vorsitzender

Gisela Böhrk (SPD)

Astrid Höfs (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Uwe Greve (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Joachim Behm (FDP)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) i. V. für Abg. Rainer Steenblock

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Ostseebericht 2002	4
Heide Simonis, Ministerpräsidentin	
2. Reise der Ministerpräsidentin nach Kaliningrad und Helsinki vom 4. bis 6. Juni 2002	4
Heide Simonis, Ministerpräsidentin	
3. Bericht über die dänische EU-Ratspräsidentschaft	12
Herr Becker-Christensen, Dänischer Generalkonsul	
4. Zukunft des Ausschusses der Regionen vor dem Hintergrund der institutionellen Reform der EU	16
Ulrike Rodust, MdL	
5. Schleswig-Holstein und Europa	20
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 15/1490	
6. Europabericht 2001	21
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1517	
7. Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaus in Schleswig-Holstein	22
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1565	
8. Bericht der Landesregierung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Barcelona am 15./16. März 2002	23
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1856	
9. Verschiedenes	24

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Ehlers, eröffnet die Sitzung um 10:02 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkte 1 und 2 der Tagesordnung:

Gemeinsame Beratung

1. Ostseebericht 2002

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

2. Reise der Ministerpräsidentin nach Kaliningrad und Helsinki vom 4. bis 6. Juni 2002

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

MP Simonis weist darauf hin, dass der Ostseebericht erstmals im Wechsel mit dem neuen Europabericht vorgelegt werde, wodurch unterstrichen werde, dass aktive Ostseepolitik und aktive Europapolitik keine Gegensätze seien, sondern für Schleswig-Holstein zusammen gehörten. Schwerpunkt des Ostseeberichts 2002 sei die Frage, wie sich die Ostseekooperation nach der anstehenden EU-Erweiterung weiterentwickeln werde und müsse.

Zum aktuellen Stand der Ostseezusammenarbeit führt MP Simonis aus, dass die anstehende EU-Erweiterung dominierendes Thema sei. Das politische Ziel bleibe die Verwirklichung der Erweiterung bis 2004, wobei spätestens bis zum EU-Gipfel, der im Dezember in Kopenhagen stattfinden werde, Klarheit über diese Frage gegeben sein werde. Die EU-Erweiterung erfordere umfassende Kraftanstrengungen der Beitrittsländer und der EU-Mitgliedstaaten. Fortschritte im Verlauf der Beitrittsverhandlungen seien jedoch kein Anlass für Vorschusslorbeeren, denn auch nach einer Erweiterung werde die nachholende Entwicklung in den Beitrittsländern von allen viel Kraft verlangen. In diesem Kontext sei auch der im Jahr 2000 beschlossene Aktionsplan zur nördlichen Dimension der EU zu begrüßen. Er stärke das EU-Engagement in der Ostseeregion über den Prozess der Erweiterung hinaus. Außerdem gebe er insbesondere der russischen Seite das Signal, dass die EU-Erweiterung keine Bedrohung, sondern eine Chance sei. Ferner biete der Aktionsplan einen wichtigen Rahmen für die Wirtschaftsentwicklung und Infrastrukturentscheidungen in der Ostseeregion. Die Diskussion um seine Fortschreibung über 2003 hinaus laufe zur Zeit erst an, jedoch sei die aktuelle dänische EU-Präsidentschaft die vorerst letzte Chance, diese EU-Politik für den Norden unter Vorsitz

eines nördlichen Mitgliedstaates fortzusetzen. Danach übernehmen eher südlich orientierte Länder die Präsidentschaft.

Im Juli hätten mehrere Geber den Fonds der Nördlichen Umweltpartnerschaft, den Northern Dimension Environmental Partnership Support Funds, ins Leben gerufen. Mit vorerst 110 Millionen € sollen über 1 Milliarde € mobilisiert werden, um in Nordwestrussland die größten Umweltprobleme, insbesondere im Bereich der Nuklearabfälle, zu beheben. Die Umsetzung dieser Partnerschaft stehe noch am Anfang, jedoch werde die Landesregierung mit großer Aufmerksamkeit beobachten, welche Chancen der Fonds für die Zusammenarbeit mit dem Partner Kaliningrad biete.

Trotz des aktuellen Streits in der Visafrage für Kaliningrad gebe es bemerkenswerte Fortschritte bei der Kooperation zwischen der EU und Russland. Äußeres Anzeichen davon seien unter anderem der intensiviertere Energiedialog zwischen der EU und Russland sowie die Reaktivierung des TACIS-Programms. MP Simonis weist darauf hin, dass Russland ohne große Anstrengungen 20 % der verbrauchten Energie einsparen könnte, wenn verstanden würde, dass Heizungsregulierung nicht durch das Öffnen und Schließen von Fenstern geschehen müsse. Angesichts der völlig unterschiedlichen politischen Kulturen werde hier noch viel Arbeit zu leisten sein, jedoch sei die Offenheit, mit der Russland über die frühere Scheckbuchmentalität hinaus praktische Zusammenarbeit anstrebe, bemerkenswert.

Der Ostseerat der Außenminister, CBSS, habe sich in bemerkenswerter Weise zum Führungsgremium der staatlichen Ostseekooperation entwickelt. Er habe dabei angesichts der gewachsenen Vielfalt der Ministerkonferenzen und Fachkooperationen vor allem Koordinierungsaufgaben übernommen. In der Hauptsache sei dies 2000/2001 ein Verdienst des deutschen Vorsitzes gewesen. Weiter habe der Rat jedoch auch eigene Initiativen ergriffen, die zuletzt unter russischem Vorsitz wegen der ungeklärten Visafrage etwas erlahmt waren. Als Beispiele von Handlungsfeldern seien der begonnene Dialog mit Nichtregierungsorganisationen der Ostseeregion, die Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Abbau der Handelshemmnisse sowie die Entwicklung des „Northern e-Dimension Action Plans“ zur Stärkung der Informationsgesellschaft - insbesondere im nordöstlichen Ostseeraum - zu nennen.

Organisationen wie BSPC, BSSC und BCCA seien wichtige Foren, um schleswig-holsteinische Interessen zu vertreten. Die Ostseeparlamentarierkonferenz, BSPC, habe - wie zuletzt 2001 während der Konferenz von 2001 in Greifswald - Themen wie Schiffssicherheit oder Zivilgesellschaft aufgegriffen. BSSC diene den Subregionen als Forum für die Gewinnung neuer Partner und die Einführung von schleswig-holsteinischen Initiativen, wenn natio-

nale Interessen denen des Ostseerats zunächst entgegenstünden. Die Handelskammern, BCCA, arbeiten mit Beharrlichkeit daran, Handelsbarrieren abzubauen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit rund um die Ostsee zu stärken.

MP Simonis spricht an dieser Stelle Wolf-Rüdiger Janzen von der IHK Kiel einen großen Dank für seine zehnjährige Aufbauarbeit des BCCA aus. Er habe viel zum guten Ruf Schleswig-Holsteins im Ostseeraum beigetragen und stets mit viel Fingerspitzengefühl und Einfühlungsvermögen agiert.

Zu den aktuellen Schwerpunkten der schleswig-holsteinischen Ostseepolitik berichtet MP Simonis, dass die Ostseekooperation weiterhin Teil der Schwerpunkte der Landespolitik für Schleswig-Holstein bleibe. Dies gelte für die Verzahnung der Fachpolitiken des Landes mit der Ostseekooperation, für eigene Beiträge des Landes zu überwölbenden Themen wie EU-Erweiterung, Ostseerat oder Nördliche Dimension der EU und auch mit Blick auf Reisen und politische Präsenz der Landespolitik in Nachbarländern des Ostseeraums. Hier habe das schleswig-holsteinische Parlament Initiativen ergriffen.

Weiterhin weist MP Simonis auf einzelne politische Initiativen der Landesregierung hin. Mit der Abordnung eines Mitarbeiters und der intensiven politischen Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt sei 2001/2002 eine maßgebliche Unterstützung des deutschen Vorsitzes des Ostseerats geleistet worden. Die politische Initiative für ein Konzept Wissensregion Ostsee zur Stärkung des Standortprofils der Ostseeregion sei von Schleswig-Holstein ausgegangen und von der Bundesregierung im Ostseerat aufgegriffen worden. Der Anstoß für den Dialog zwischen Ostseerat und Nichtregierungsorganisationen zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Weiterentwicklung der Ostseekooperation sei - zusammen mit anderen - von der Landesregierung entwickelt worden. Ein Beleg für die Anerkennung dieser Initiativen sei das hohe Interesse an politischen Gesprächen hierüber während des Besuchs von ihr, MP Simonis, in Helsinki Anfang Juni 2002 gewesen. Schleswig-Holstein erhalte Gehör auf allerhöchster Ebene. Dies gelte auch für den Dialog mit anderen Staaten rund um die Ostsee. Schleswig-Holstein sei anerkannter Motor der Ostseekooperation.

Die Entwicklung der Region südwestliche Ostsee sei ein wichtiges Feld regionaler Interessen Schleswig-Holsteins in der Ostseeregion. Das Projekt STRING sei im ersten Projektabschnitt erfolgreich. Darüber sei sowohl im Ausschuss als auch im Plenum mehrfach berichtet worden. Aus dem Abschlussdokument der ersten Projektphase vom Juni 2001 sei das Folgeprojekt STRING II für die Jahre 2002 bis 2004 abgeleitet und erfolgreich genehmigt worden. Das Ziel werde bis 2004 nicht erreicht, jedoch sei es weit näher gerückt. Die vereinbarten Handlungsfelder sollen in praxisnahen Subprojekten umgesetzt und die Regionen zwischen Nord-

deutschland, Süddänemark und der Öresund-Region zu einem dynamischen Kraftzentrum für die gesamte Ostseeregion entwickelt werden.

Schleswig-Holstein leiste auch weiterhin aktive Beiträge zur Vorbereitung auf den EU-Beitritt. Als Beispiele nennt MP Simonis die EU-finanzierten Twinning-Projekte Drogenbekämpfung in Estland, Agrarverwaltung in Estland und Fischereiverwaltung in Polen. Der Bericht enthalte hierzu weitere Details. Weiter gebe es eigenständige Projekte im Rahmen der langjährigen direkten Zusammenarbeit, zum Beispiel im Agrarbereich mit Lettland und Estland oder im Bereich der Landespolizei mit allen drei baltischen Staaten. Anlässlich der Flutkatastrophe hätten 50 Fachleute von der polnischen Armee bei der Arbeit am Lauenburger Damm Hilfe geleistet. Dies sei ohne Anfrage und unbürokratisch geschehen.

Die Stärkung der Position Schleswig-Holsteins in der Ostseeregion sei eine Sammelüberschrift für die einzelnen Felder der Landespolitik. Dennoch habe die Landesregierung 1989 unter der Überschrift „Leitprojekte“ eine Reihe von Schwerpunktfeldern gebündelt, darunter unter anderem die Themen südwestliche Ostseeregion, Hochschulzusammenarbeit, Sicherheitskooperation, Jugendbegegnung und Verkehrsplanung. Ziel sei, die Entwicklung durch Bündelung der Kräfte zu beschleunigen und Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft zu gemeinsamen Absprachen zu führen, wozu von ihr, MP Simonis, der Initiativkreis Ostsee eingerichtet worden sei. Es sei von vornherein klar gewesen, dass dieser Prozess nur befristet sein könne. Der vorgesehene Abschlussbericht für 2002 werde hiermit vorgelegt. Im Ergebnis sei zu sagen, dass sich der Aufwand gelohnt habe. Die Mehrzahl der Felder habe weiter vorangebracht werden können und die Einbeziehung weiterer Akteure habe zusätzlichen Schwung gebracht. Einzelne Themen hätten inzwischen an Gewicht verloren, andere seien hinzugetreten. In diesem Zusammenhang sei das erfolgreiche Beispiel der Gesundheitskooperation mit Norwegen zu nennen, die sich im Laufe der Gespräche ergeben habe.

MP Simonis weist darauf hin, dass die Themen der Leitprojekte keineswegs erledigt seien. Die Regierung sei allerdings der Auffassung, dass die Projekte nunmehr auf eigenen Füßen stehen könnten. Der zeitlich befristete Prozess der Einbeziehung wichtiger Repräsentanten Schleswig-Holsteins in die Generalkoordinierung sei abgeschlossen.

Zurzeit konzentriere sich die Landesregierung im Bereich der regionalen Partnerschaften auf die Partnerschaft mit Kaliningrad, wobei Hilfe zur Selbsthilfe und politische Unterstützung in der aktuellen Diskussion zwischen der EU und Russland als Schwerpunkte zu nennen seien. Weiterer Aspekte dieser Arbeit sei aktueller Ausbau und Restrukturierung der Schleswig-Holstein-Büros in den baltischen Staaten sowie in Malmö und in der Öresund-Region. Einige Bereiche der erfolgreichen Ostseekooperation entwickelten sich auch unabhängig von Part-

nerschaften. Das Beispiel der Gesundheitskooperation mit Norwegen habe sich rund um die Ostsee herumgesprochen.

Als Ausblick auf die kommenden Jahre nennt MP Simonis vier Thesen: Erstens. Gut zehn Jahre nach ihrer Gründung müsse die Ostseekooperation in die zweite Phase eintreten. Es sei nicht mehr die Zeit für den Aufbau neuer Netzwerke. Vielmehr seien die Koordinierung und Nutzung der Netzwerke für konkrete Fortschritte und Maßnahmen gefordert.

Zweitens. Mit der EU-Erweiterung müsse die Ostseekooperation auch ihren Schwerpunkt wandeln. Man müsse weg von der Außenpolitik und hin zu gestaltender Gesellschaftspolitik in einer EU-Teilregion, was innerhalb der traditionellen EU ein völliges Novum bedeute.

Drittens. Eine erweiterte EU werde vom Wettbewerb einzelner Großregionen geprägt sein. Die Ostseeregion könne sich hier insgesamt profilieren. Allein würden selbst so starke Nachbarn wie Schweden oder Finnland in diesem Wettbewerb nicht bestehen.

Viertens. Die Ostseekooperation habe wesentlich dazu beigetragen, den Aufbau handlungsfähiger regionaler Ebenen in Schweden und Finnland zu unterstützen. Nunmehr müsse die Ostseekooperation denselben Prozess in den baltischen Staaten und in Polen unterstützen. Auf alle Herausforderungen müssen gemeinsame Antworten gefunden werden.

Zum Stichwort Region Building erläutert MP Simonis, das entwickelte Netzwerk der Zusammenarbeit müsse stärker koordiniert und auf vorrangige Maßnahmen und Projekte zur Entwicklung des Ostseeraums zur tatsächlichen Region konzentriert werden. Diese Anforderungen richteten sich vor allem an den Ostseerat der Außenminister, der die Kraft aus den Regionen aufgreifen sollte. Die fortbestehende soziale und ökonomische Schieflage in der Ostseeregion brauche auch nach der EU-Erweiterung ein aktives Engagement der Ostseeanrainer. Die Hilfe zur nachholenden Entwicklung in den Beitrittsländern werde dabei gesucht und angenommen. Die Landesregierung werde die Instrumente laufend und auf allen Ebenen überprüfen. Die so genannte Nebenaußenpolitik werde sich zur Innenpolitik der Länder entwickeln. Die Landesregierung sei bestrebt, die Politiken der Ostseeanrainer auch dort stärker zu koordinieren, wo in Brüssel die gemeinsame Vertretung gemeinsamer Interessen gefordert sei. Dies sei allerdings nicht immer ganz einfach. Die aktuelle Herausforderung sei die Fortschreibung des Aktionsplans Nördliche Dimension über 2003 hinaus. Die Landesregierung wolle, dass die Ostseeregion noch stärker profiliert werde. Stichworte wie Wissensregion Ostsee, Modellregion für nachhaltige Entwicklung oder Ars Baltica dürften nicht nur Schlagworte bleiben oder in der Ecke der Fachkooperationen verhungern. Sie könnten innerhalb Europas hervorragend für die Vermarktung des Standorts Ostseeregion fortentwickelt und genutzt

werden. Die Tatsache, dass Schweden beim Weltklimagipfel in Johannesburg Baltic-21 als beispielhaftes Modell präsentiert habe, sei ein Fingerzeig in die richtige Richtung.

Abschließend weist MP Simonis darauf hin, dass der Chef der amerikanischen Handelskammer, Fred B. Irwin, zu Besuch in Schleswig-Holstein gewesen sei und Schleswig-Holstein als äußerst interessanten Standort für kleine und mittelständische US-Investoren empfohlen habe. Dabei habe er auf die Ausbildung und Motivation der Arbeitskräfte reflektiert und auf die ausgezeichneten Beziehungen Schleswig-Holsteins zu Schleswig-Holsteins Nachbarn im Ostseeraum hingewiesen. Dies zeige, dass sich der gute Ruf Schleswig-Holsteins im Ostseeraum als kleines Bundesland im Konzert der Großen auszahle.

Zu ihrer Reise nach Kaliningrad führt MP Simonis aus, dass dort überraschend abenteuerliche Vorstellungen über die Verwirklichung von wirtschaftlichen Großprojekten geäußert worden seien. Man müsse aber aufpassen, dass Kaliningrad sich nicht zur Enklave entwickle, was die wirtschaftliche Entwicklung weiter gefährden würde. Bis jetzt gebe es erst eine einzige Bank aus Schweden, die sich dort niederlassen wolle. Keine deutsche Bank interessiere sich dafür, was eine wirtschaftliche Betätigung vor Ort sehr erschwere. Angesichts der Schwierigkeiten bei der Kreditvergabe seien neue Wege notwendig. Zum Beispiel müsse man sich mit der EU darüber unterhalten, ob Sonderprogramme aufgelegt werden könnten.

Insgesamt gebe es in den Schleswig-Holstein-Büros bemerkenswerte Einzelinitiativen und stark engagierte Mitarbeiter. Dennoch müsse festgestellt werden, dass Kaliningrad - wohl bedingt durch Moskau - seine Hausaufgaben nicht gemacht habe. Dort werde in riesigen Kategorien gedacht, die für Schleswig-Holstein nicht machbar seien. Hingegen würden kleinere Projekte nicht verfolgt. Dies sei vor dem Hintergrund einer Wirtschaft, die sich zum Teil nicht selbst versorgen könne, problematisch. Schleswig-Holstein werde nach wie vor politische Unterstützung leisten und über das Schleswig-Holstein-Büro versuchen, wirtschaftliche Interessen dorthin zu kanalisieren. Auch ein Vertreter der Industrie- und Handelskammer Hamburg habe vor Ort Hilfe und Unterstützung angeboten. Ferner habe Schleswig-Holstein zugesagt, sich für die Unterstützung der Ausbildung junger Menschen an der Universität Kaliningrad einzusetzen.

MP Simonis dankt Prof. Dr. Schmidt-Kärner für ihre Arbeit und ihr großes Engagement. Ferner berichtet sie kurz von ihrem Besuch in Helsinki, der letzten Station ihrer Reise. Die Finnen sähen Schleswig-Holstein in dem Bestreben, eine stärkere Umwelt- und Sozialorientierung in der Region umzusetzen, als Partner. Der Empfang in Helsinki sei sehr ehrenvoll gewesen. Die Zusammenarbeit sei viel versprechend und werde sich weiter vertiefen lassen.

Auf Fragen und Anregungen der Ausschussmitglieder antwortet MP Simonis, die Tatsache, dass Schleswig-Holstein lediglich ein Bundesland sei, sei im Laufe der Zusammenarbeit in den Hintergrund gerückt. Nunmehr werde der rote Teppich ausgerollt, wenn sie, die Ministerpräsidentin, komme, weil sie Schleswig-Holstein repräsentiere. Insofern sei das Ungleichgewicht der Verhandlungsebenen in der Zwischenzeit aufgehoben. Eine Ausnahme bildeten Fragen über Finanzhilfen, die weiterhin auf Bundes- oder Europaebene verhandelt werden müssten. Die Zusammenarbeit der norddeutschen Bundesländer laufe mit Hamburg sehr gut und auch mit Mecklenburg-Vorpommern gebe es in Kaliningrad eine Zusammenarbeit.

Auf die Frage nach den großen Umweltproblemen in der Region führt MP Simonis aus, dass in Russland generell ein vergleichsweise lockeres Verhältnis zu diesen Problemen bestehe. Umweltprobleme könnten allerdings nur auf europäischer Ebene angegangen werden.

Zum Stichwort der inneren Sicherheit weist MP Simonis darauf hin, dass es hier Beratungsdienste Schleswig-Holsteins gebe. Der Bereich der Korruption sei in den baltischen Staaten energisch angegangen worden. In Russland sei das Problem noch nicht ganz so weit gelöst, allerdings gebe es eine Zusammenarbeit. Auch hier sei die Kooperation mit der Europäischen Union nötig. Schleswig-Holstein allein sei in dieser Frage überfordert. Insgesamt gebe es in Kaliningrad – aufgrund der genannten Schwierigkeiten bei der Kreditvergabe – bisher keine größeren schleswig-holsteinischen Investitionen.

In Antwort auf weitere Fragen und Stellungnahmen der Ausschussmitglieder bestätigt MP Simonis, dass die wirtschaftlichen Potenziale in Russland ungeheuer groß seien, jedoch berge die Tatsache, dass in Schleswig-Holstein vorwiegend mittelständische Betriebe angesiedelt seien, angesichts der bestehenden Strukturen in Russland gewisse Schwierigkeiten.

Zur Visafrage ergänzt MP Simonis, dass die Bedenken vorwiegend von finnischer Seite geäußert würden, weil Finnland eine 1.700 km lange Grenze mit Russland habe und man im Falle einer Lockerung verstärkte Prostitution mit daraus folgenden Gesundheitsproblemen befürchte. Dies müsse akzeptiert werden.

Auf die von Abg. Ritzek geäußerte Kritik hinsichtlich der Informationsschwerpunkte des vorliegenden Berichts antwortet MP Simonis, dass die Nennung ihrer Reisen nicht unbedingt notwendig sei, jedoch sei zum Beispiel die Patientenbrücke mit Norwegen, von der Schleswig-Holstein erheblich profitiere, das Ergebnis einer solchen Reise und daher erwähnenswert.

Zusammenfassend schlägt der Vorsitzende vor, Teile der Ergebnisse des Berichts leserfreundlich zu gestalten, um der breiten Vermittlung der komplizierten Inhalte zu dienen. Die Ausschussmitglieder nehmen diesen Vorschlag einvernehmlich an.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht über die dänische EU-Ratspräsidentschaft

Herr Becker-Christensen, Dänischer Generalkonsul

Herr Becker-Christensen trägt im Wesentlichen die folgenden Ausführungen vor:

Frau Ministerpräsidentin, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich möchte mich für die Einladung, hier heute zum Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags kommen zu dürfen, bedanken. Es hat mich sehr gefreut und es ist an sich noch ein Beweis für das gute deutsch-dänische Verhältnis.

Ich bin gebeten worden, dem Ausschuss einen Einblick in die Ziele der dänischen EU-Ratspräsidentschaft zu geben. Dies tue ich, wie schon erwähnt, sehr gern. Ich möchte dies jedoch mit einigen Worten über den äußeren Rahmen hierfür einleiten. Auf einem übergeordneten Niveau hat die dänische Regierung sechs Wünsche bezüglich der Zukunft der EU formuliert: Erstens, dass man eine klare Beschreibung der Arbeitsteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten erreicht. Zweitens sollen die nationalen Parlamente aktiver für die europäische Zusammenarbeit genutzt werden. Drittens soll eine größere Offenheit in der EU existieren – eine Ansicht, die sowohl Deutschland als auch Großbritannien teilen. Viertens sollen die Vertragsgrundlagen der EU vereinfacht und besser organisiert werden. Fünftens müssen klare und deutliche Rechte für die Bürger im Verhältnis zu den EU-Institutionen geschaffen werden. Sechstens muss das EU-System geschmeidiger und beschließungsfähiger gemacht werden.

Letzteres ist nicht zuletzt hinsichtlich der bevorstehenden Erweiterung des Mitgliederkreises aktuell. Die dänische Regierung sähe gern eine größere Anwendung von Mehrheitsbeschlüssen im Ministerrat. Zum Beispiel sind Entscheidungen hinsichtlich der Einführung einer gemeinsamen Umweltabgabe ein Bereich, der bisher der Einstimmigkeit unterworfen war. Beschlüsse hierüber könnten vorteilhaft von einer qualifizierten Mehrheit getroffen werden. Ebenso steht die dänische Regierung der Idee so genannter rotierender Ratspräsidentschaften positiv gegenüber, basierend auf einer Gruppe von Staaten, bestehend aus sowohl großen als auch kleinen und alten wie neuen Staaten. Dies geschieht aus dem Wunsch heraus, dass der Ministerrat auch in Zukunft am effektivsten wird arbeiten können.

Wenden wir den Blick auf die politischen Bereiche der EU, so wird besonders die Landwirtschaftspolitik von der Erweiterung betroffen sein. Die dänische Regierung ist hier der Auffassung, dass die europäische Landwirtschaft den normalen Marktbedingungen näher gebracht werden sollte. Das heißt, dass eine laufende Anpassung der EU-Preise an die Weltmarktpreise erfolgt. Das hat zur Folge, dass die klassischen Subventionsprogramme abgewickelt werden und gleichzeitig aber Mittel in die Landregion übertragen werden, um eine tragfähige Entwicklung zu fördern. Dies sind ein paar der übergeordneten – und ich kann hinzufügen – langfristigen Ziele der dänischen EU-Politik.

In diesem Halbjahr bis zum 31. Dezember 2002 ist es nunmehr Dänemarks Aufgabe, die Tagesordnungen zu setzen, die treibende Kraft zu sein und Kompromisse in der EU-Zusammenarbeit zu schaffen. Die Aufgabe der Ratspräsidentschaft beinhaltet ebenfalls, dass Dänemark das Gesicht der EU nach außen ist. Dies gilt für Treffen in internationalen Organisationen wie zum Beispiel den Vereinten Nationen, gegenüber Drittländern sowie bei internationalen Konferenzen.

Was dies in der Praxis bedeutet, haben wir ja in den letzten Tagen gesehen. Ich denke hier an das gemeinsame Auftreten der EU-Länder während des UN-Weltgipfels in Johannesburg und an den neuen EU-Friedensplan für den Nahen Osten. Aufgrund des letztgenannten Plans ist der dänische Außenminister in diesen Tagen auf Reisen in Saudi-Arabien, Ägypten, Israel und in den palästinensischen Gebieten. In der ausgeteilten Broschüre können Sie auf den mittleren Seiten einige Hauptüberschriften finden, mit denen sich die dänische Ratspräsidentschaft darüber hinaus befassen wird. Unter jeder Hauptüberschrift befinden sich eine lange Reihe von Unterpunkten, große und kleine gemischt, die Dänemark als Vorsitzender zu fördern versuchen wird. Ein Großteil davon ist aber Teil eines langen Prozesses, der in die nächste Ratspräsidentschaft vererbt wird. Die Zeit lässt es nicht zu, dass ich all dies erläutere.

Ich will mich vielmehr auf eine Sache konzentrieren, die absolut höchste Priorität hat und die gern zu einem glücklichen Abschluss während der dänischen Ratspräsidentschaft gebracht werden sollte, nämlich die Erweiterung der EU mit zehn neuen Mitgliedstaaten. Danach werde ich kurz auf die dänische Ostseepolitik eingehen. Hauptziel dänischer EU-Politik in den letzten zehn Jahren war die Osterweiterung der EU. Auf dem Treffen des Europäischen Rates in Laeken im Dezember 2001 erklärten die Staats- und Regierungschefs der EU, dass die EU fest entschlossen sei, die Verhandlungen mit den Kandidatenstaaten, die spätestens mit dem Ausgang des Jahres bereit seien, abzuschließen. Man schätzt, dass Zypern, Estland, Lettland und Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn die Möglichkeit haben, die Verhandlungen in diesem Halbjahr 2002 abzuschließen. Der beschlossene Fahr-

plan - und der Wille, diesem folgen zu wollen, – wurde erst vor vier Tagen während des Treffens der Außenminister der EU in Helsingör bestätigt.

Als Ratspräsident hat die dänische Regierung die klare Ambition, während des Gipfeltreffens am 12. und 13. Dezember 2002 in Kopenhagen die Verhandlungen mit so vielen Kandidatenländern wie möglich abzuschließen. Das ist eine große Herausforderung und es gibt keine Garantie für das Gelingen. Eines ist aber sicher: Die dänische Regierung wird alles in ihrer Macht stehende daran setzen, diese Ambition zu verwirklichen. Die dänische Regierung ist sich als Ratspräsident auch bewusst, dass es nicht ausreicht, dass sich die jetzigen Mitglieder der EU darüber einigen, welchen Angeboten und welchen Anforderungen die Beitrittsländer bis zum Gipfeltreffen im Dezember gegenüber gestellt werden. Es ist ebenso wichtig, dass das Angebot an die einzelnen Beitrittsländer von einer solchen Art ist, dass es auch von den entsprechenden Regierungen, Parlamenten und den Bevölkerungen akzeptiert werden kann. Wenn alles gut verläuft, ist es das Ziel, dass diese Kandidatenstaaten als Mitglieder an der Europaparlamentswahl im Jahre 2004 teilnehmen können.

Als Ratspräsident ist es der dänischen Regierung auch bewusst, dass man zum Gipfeltreffen in Kopenhagen den Ländern, mit denen man zunächst die Verhandlungen nicht abschließen konnte, einen Plan vorlegen muss, wann damit gerechnet werden kann, dass dies passiert. Dies gilt nicht zuletzt für Rumänien und Bulgarien, die nicht in der vorher genannten Gruppe der zehn Staaten enthalten sind. Es ist auch wichtig, die Türkei nicht zu vergessen, aber ich kann hinzufügen, dass es sich hier um einen Balanceakt handelt, da eine türkische vollgültige Mitgliedschaft längere Aussichten hat. Ich kann ergänzen, dass eine Erweiterung der EU kein Geschenk des Westens an den Osten ist. Die Erweiterung ist im Interesse von ganz Europa. Gemeinsam können wir eine Zukunft mit Sicherheit und Stabilität schaffen. Wir können gemeinsam ökonomischen Wohlstand und ökonomisches Wohlergehen für alle Europäer erschaffen. Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es jedoch eines erheblichen Einsatzes und Kompromisswillens von allen teilnehmenden Parteien – sowohl von den jetzigen Mitgliedstaaten als auch von den Beitrittsländern.

Da mir bekannt ist, dass das Land Schleswig-Holstein sich stark in der Ostseezusammenarbeit engagiert, möchte ich zum Abschluss kurz hierüber informieren, auch weil diese natürlich während der dänischen EU-Ratspräsidentschaft eine größere internationale Aufmerksamkeit bekommen wird. Dänemarks Politik hinsichtlich der Ostseeregion hat zum Ziel, die demokratische, wirtschaftliche, umweltmäßige und soziale Entwicklung zu fördern und die Sicherheit und Stabilität der gesamten Region zu stärken. Ein wichtiger Teil in dieser Politik ist Dänemarks jahrelanges aktives Bestreben, Estland, Lettland, Litauen und Polen in die EU und die drei baltischen Staaten in die NATO aufzunehmen. Ein weiterer Teil ist die aktive dänische

Beteiligung an der breitgefächerten Zusammenarbeit in der Regie des Ostseerates. Der Ostseerat ist ein wichtiges Forum für den Dialog und die Zusammenarbeit hinsichtlich der Vermeidung von neuen Grenzlinien in der Ostseeregion und der Förderung der europäischen Integration Russlands und wird es auch nach der Erweiterung der EU um die baltischen Länder und Polen sein.

Man kann Folgendes als besonderen dänischen Einsatz in der Ostsee-Zusammenarbeit hervorheben: Dänemark ist der Gastgeber für den Kommissar des Ostseerates für die demokratische Entwicklung und übernimmt einen wesentlichen Teil des Budgets. Dänemark ist der Hauptspender der EuroFaculty-Projekte sowohl in den drei baltischen Ländern als auch in Kaliningrad. Dänemark hat sich die Rolle des „lead-country“ hinsichtlich des Projektes in Kaliningrad aufgetragen. Letztlich kann erwähnt werden, dass Dänemark für zwei weitere Jahre den Vorsitz der Task Force zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität in der Ostseeregion bis Ende 2004 übernommen hat.

Die neue Ostunterstützungsstrategie der dänischen Regierung für die Jahre 2002 bis 2003 zieht die Hauptpriorität der dänischen EU-Ratspräsidentschaft hinsichtlich des Abschlusses der Beitrittsverhandlungen mit den zentral- und osteuropäischen Kandidatenländern in Betracht. Der Einsatz fokussiert nicht zuletzt auf die administrative Kapazität der Länder, die EU-Regeln verwalten zu können. Insgesamt werden für die Jahre 2002 bis 2003 1,1 Mrd. DKR für neue Projekte abgezweigt werden. Parallel zur Unterstützung der Kandidatenländer wird der Einsatz hinsichtlich des Verhältnisses zu den neuen EU-Nachbarn gen Osten fortgesetzt, schwerpunktmäßig hinsichtlich der russischen Ostseeregionen.

In Antwort auf eine Frage des Vorsitzenden zur Resonanz in der dänischen Bevölkerung auf die Ratspräsidentschaft Dänemarks antwortet Herr Becker-Christensen, dass es durchaus Skepsis gebe, jedoch in Hinsicht auf die hohe Geschwindigkeit der Entwicklung. Insgesamt gebe es positives Interesse. Innerhalb der Parteien bestehe weitgehende Zustimmung.

Weiter führt Herr Becker-Christensen auf Fragen der Ausschussmitglieder aus, dass die dänische Regierung auch im Hinblick auf die Fischereifrage auf die Bewahrung der ökologischen Balance bedacht sei, allerdings sei diese Frage eine gesamteuropäische Angelegenheit.

Zur Frage des Schengener Abkommens im Zusammenhang mit Kaliningrad weist Herr Becker-Christensen darauf hin, dass eine Lösung die Länder Polen und Litauen einbeziehen müsse. Zur Zeit gebe es keine Pläne für die Eröffnung eines dänischen Konsulats in Kaliningrad.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Zukunft des Ausschusses der Regionen vor dem Hintergrund der institutionellen Reform der EU

Ulrike Rodust, MdL

Abg. Rodust führt aus, der Ausschuss der Regionen, AdR, sei sich bewusst, dass das europäische Einigungswerk nicht ohne die Unterstützung der Bürger weitergeführt werden könne. Er erkenne an, dass der Kommunal- und Regionalpolitik bei der Förderung von Europabewusstsein eine maßgebliche Aufgabe zukomme, denn diese könne den Bürgern die Grundwerte und Ziele der Europäischen Union nahe bringen. Die EU brauche eine stärkere Unterstützung ihrer Bürger, die bisher bei dem Stichwort „Europa“ manchmal eher an einen schwerfälligen Verwaltungsapparat als an eine effiziente Entscheidungsgewalt denken. Die Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten müssten klar abgegrenzt werden, damit Europa handlungsfähig bleibe, gleichzeitig aber nicht in die nationalen, regionalen und kommunalen Zuständigkeiten eingreife.

Für eine erfolgreiche Reform der EU seien eine adäquate Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten und eine Rückbesinnung der Union auf ihre Kernaufgaben ausschlaggebend. Ziel sei ein großes und starkes Europa, das ein gemeinsames europäisches Erbe teile, seine Verantwortung für die Zukunft annehme und von seinen Bürgern akzeptiert werde. Zur Erreichung dieses Ziels müsse die EU demokratischer, bürgernäher und transparenter werden.

Die Fähigkeit der EU, schnell zu handeln und Entscheidungen zu treffen, müsse erheblich verbessert werden. Darüber hinaus bedürfe es einer Reform der Institutionen und Entscheidungsverfahren. Der AdR sei sich bewusst, dass für die Anpassung an die geänderten Bedürfnisse einer erweiterten Union Flexibilität notwendig sei. Der Ausschuss müsse seine Kooperationsinitiativen mit den anderen EU-Institutionen verstärken, um die Einbindung aller Institutionen in die Schaffung eines transparenteren, fassbaren Europas der Bürger zu gewährleisten. Die Einberufung des Europäischen Konvents und die damit verbundene neue Reformphase der Union biete dem AdR die Möglichkeit, aktiv an der Erreichung dieses Ziels mitzuwirken.

Zur Stärkung der institutionellen und politischen Rolle des AdR erläutert Abg. Rodust, der AdR müsse in der künftigen institutionellen Architektur Europas, die aus dem in Nizza eingeleiteten Reformprozess hervorgehen werde, einen politischen Status und eine Struktur erhal-

ten, die es ihm ermöglichen, an der Entscheidungsfindung der Gemeinschaft teilzunehmen. Zur Stärkung der institutionellen und politischen Rolle des AdR seien unter anderem folgende - stichwortartig genannte - Forderungen zu berücksichtigen: Zuerkennung des Status eines Gemeinschaftsorgans, Änderung von Artikel 5 des Vertrags von Maastricht zwecks Beteiligung der nachgeordneten Ebenen unter Verweis auf das Subsidiaritätsprinzip, Anerkennung des Rechts der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen auf Anrufung des Europäischen Gerichtshofs zur Wahrung ihrer Vorrechte, Zuerkennung des Rechts, zur Wahrung der Vorrechte des AdR und bei Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip den Europäischen Gerichtshof anzurufen, Anpassung der Mandatsperiode des AdR an die des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission, die fünf Jahre betragen, Verpflichtung der Europäischen Kommission und des Rates, die Nichtberücksichtigung von AdR-Stellungnahmen zu begründen, Stärkere Beteiligung des AdR am Entscheidungsfindungsprozess der Gemeinschaft, Aufbrechen der rein beratenden Rolle des AdR, zum Beispiel durch Erhalt einer Art von Veto-recht mit aufschiebender Wirkung in Fragen, die unmittelbar die kommunale und regionale Ebene betreffen, oder indem er zum Beispiel in Fragen der Regionalpolitik gezielt in den Mitentscheidungsdialog einbezogen werde. Schließlich werde auch die Ausgestaltung der politischen Rolle des AdR als Hüter der Grundsätze Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und Bürgernähe gefordert.

Abg. Rodust bekräftigt, die Mitglieder des AdR seien bereit, die Integrationspolitik der EU voll mitzutragen und aktiv in den Bereichen mitzuarbeiten, in denen eine stärkere Einflussnahme der EU erforderlich sei. Darüber hinaus überwachen die Mitglieder des AdR genau die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips bei der Umsetzung der Gemeinschaftsmaßnahmen, damit die EU nicht in Bereiche eingreife, in denen Maßnahmen auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene wirkungsvoller seien. Diese Forderungen des AdR seien in der Vergangenheit in vielen Debatten immer wieder diskutiert und am Ende einstimmig verabschiedet worden. Die Mitglieder des AdR hätten nicht nur über ihre Beobachter diese Forderungen in den Konvent eingebracht, sondern auch verabredet, in ihren Nationen Verbündete zu suchen.

Sie, Abg. Rodust, sei von der deutschen Delegation beauftragt worden, ein Papier zu erarbeiten, das möglichst zeitgleich in den Landtagen behandelt werden solle. Mit dem Hanse-Office, Vertretern aus Bayern, Nordrhein-Westfalen und anderen sei eine EntschlieÙung erarbeitet worden, die dem Ausschuss als Umdruck 15/2476 vorliege. Dieses Papier sei mit allen Vertretern der Länder abgestimmt worden und daher ein gemeinsames Papier der beteiligten Fraktionen. Durch die Form des Papiers stehe es jedem Landtag offen, die Art der Diskussion zu bestimmen. Es bestehe grundsätzliche Einigung darüber, den Inhalt nicht grundsätzlich zu verändern. Nach einer Darlegung des Inhalts der vorgelegten EntschlieÙung bittet Abg. Ro-

dust die Mitglieder des Ausschusses ebenfalls, die Entschließung ohne den Inhalt betreffende grundsätzliche Änderungen anzunehmen.

Abg. Hentschel macht deutlich, er lehne die Einführung einer dritten Kammer ab. Die weitere Verflechtung der Entscheidungsebenen sei abzulehnen, weil die Politik dadurch gelähmt werde. Das Kernproblem sei, in der europäischen Verfassung festzulegen, welche Aufgaben die Kommunen, die Regionen, die nationalen Parlamente und die Europäische Union haben. Abg. Behm unterstützt diese Haltung. Er plädiert dafür, dass sich die Arbeit der EU auf inhaltliche Kernaufgaben konzentriere. Abg. Spoorendonk weist auf die unterschiedlichen Bedeutungen der Regionen innerhalb der EU hin und erklärt, sie verstehe das vorliegende Papier als eine Diskussionsgrundlage. Abg. Ehlers problematisiert die zahlreichen Auflagen, die es mittlerweile insbesondere mittelständischen Betrieben nahezu unmöglich machten, diese zu erfüllen. Eine Vereinheitlichung sei nicht immer sinnvoll.

In Antwort auf die Frage von Abg. Ritzek nach weiteren und dem vorliegenden Entwurf vorgelagerten Papieren sagt Abg. Rodust, diese seien in großer Fülle über das Internet abrufbar. Ferner weist sie darauf hin, dass die in ihren Ausführungen genannten Forderungen Maximalforderungen seien. Es bestehe Einigkeit darüber, dass vor Ort lösbare Probleme auch vor Ort zu lösen seien. Insofern habe die Forderung nach einem Vetorecht eine besondere Bedeutung.

Abg. Hentschel unterstreicht, er sei gegen eine institutionelle Vertretung der Regionen als neue Kammer. Eine Stärkung institutioneller Rechte ohne inhaltliche Bindung berge Gefahren der Aufgabe inhaltlicher Positionen zugunsten einer weiteren Stärkung institutioneller Rechte. Abg. Greve verweist auf die Beobachtung, dass die EU versuche, neue Kompetenzen an sich zu binden, sobald über Subsidiarität diskutiert werde. Daher sei Kompetenzabgrenzung unbedingt notwendig. Abg. Böhrk plädiert dafür, zum Beispiel die Landwirtschaftspolitik der EU einer grundsätzlichen Betrachtung zu unterziehen. Aufgrund des unweigerlich hohen Konfliktpotenzials werde diese Diskussion nicht angegangen.

Abg. Rodust weist darauf hin, der AdR habe schon bei der Einrichtung des Konvents seine Teilnahme gefordert und deutlich gemacht, dass Dinge, die vor Ort regelbar seien, auch in lokaler Kompetenz zu belassen seien. In Reaktion darauf seien dem AdR lediglich zwei Beobachterposten zugewiesen worden. Nach Protesten seien nunmehr sechs Beobachterposten zugestanden worden. Nach erneuten Protesten gebe es nunmehr auch ein Rederecht der Beobachter. Aufgrund der Initiativen der Mitglieder des AdR könne sich der Konvent nunmehr gut vorstellen, dem AdR ein Klagerecht vor dem EuGH zu gewähren. Dies wäre ein sehr großer Erfolg.

Zusammenfassend schlägt der Vorsitzende vor, dass der Ausschuss das vorgelegte Papier, Umdruck 15/2476, zur Kenntnis nimmt. Ferner werde vorgeschlagen, den Inhalt der EntschlieÙung in den Arbeitskreisen weiter zu diskutieren, um die mögliche Art der parlamentarischen Befassung festzulegen. Die Ausschussmitglieder seien aufgerufen, Themen zu benennen, die - ausgehend von den Regionen - neu durchdacht werden könnten. Daraufhin plädiert Abg. Böhrk dafür, das Thema der regionalen Wirtschaftspolitik einer solchen Neubetrachtung zu unterziehen, da es weniger Brisanz biete. Diese Vorschläge werden einstimmig so angenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Schleswig-Holstein und Europa

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1490

(überwiesen am 25. Januar 2002 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU zu Schleswig-Holstein und Europa, Drucksache 15/1490, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Europabericht 2001

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1517

(überwiesen am 21. Februar 2002)

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Europabericht 2001 der Landesregierung, Drucksache 15/1517, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaus in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1565

hierzu: Umdrucke 15/2002, 15/2045

(überwiesen am 21. Februar 2002 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an alle übrigen Ausschüsse)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss einstimmig, den Bericht der Landesregierung zur Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaus in Schleswig-Holstein, Drucksache 15/1565, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates
in Barcelona am 15./16. März 2002**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1856

(überwiesen am 17. Mai 2002 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Bericht der Landesregierung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Barcelona am 15./16. März 2002 zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Mitglieder des Ausschusses verständigen sich einvernehmlich darauf, dass der Vorsitzende - zusammen mit dem stellvertretenden Vorsitzenden - am 15. November 2002 der Einladung des Präsidenten des Baden-Württembergischen Landtags folgen werde.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 12:25 Uhr.

gez. Rolf Fischer
Vorsitzender

gez. Martina Klimkeit
Protokollführerin